

Freiheit, die ich meine

Individualistisch oder solidarisch? In der Corona-Pandemie prallen zwei grundverschiedene Verständnisse von Freiheit aufeinander. Nirgendwo wird das so deutlich wie bei der Frage nach einer allgemeinen Impfpflicht.

Von Simon Lukas

Es ist Zeit, über die Impfpflicht zu reden. So liest man es in den großen Zeitungen. So klingt es aus Radio und Fernseher. Und wer das fordert, meint meistens nicht nur reden, sondern eine Entscheidung. Eine allgemeine Impfpflicht – am besten sofort! Die Chancen stehen gut, spätestens seit sich Bald-Kanzler Olaf Scholz für diesen Schritt ausgesprochen hat. Immerhin treiben die Ungeimpften die nächste Welle der Pandemie voran, sorgen für hohe Inzidenzen und schränken damit das Leben von allen ein. „Diese Leute rauben den Vernünftigen die Freiheit“, heißt es in der *Süddeutschen Zeitung*. Auch die *Frankfurter Allgemeine* sieht in der Impfpflicht die „Voraussetzung dafür, dass wir unsere Freiheit zurückgewinnen“. Interessanterweise klingt die Rhetorik auf der anderen Seite oft ganz ähnlich. Auch Impfgegner sehen ihre Freiheit bedroht. In ihrem Fall vor allem die Freiheit auf medizinische Selbstbestimmung. Und die Spannung zwischen den Gruppen, die sich den Sommer über mit vergleichsweise niedrigen Inzidenzwerten gelegt hatte, nimmt wieder zu. Die Debatte über eine Impfpflicht treibt den Konflikt auf die Spitze: Ja oder nein, Pflicht oder nicht? Hier kann es keine Kompromisse geben. Und weil alle spüren, dass eine Seite verlieren wird, wird der Ton wieder rauer.

Als ich mich im Juli 2020 das erste Mal in einem Artikel mit dem Freiheitsbegriff in Pandemiezeiten beschäftigt habe, war die Situation eine andere (vgl. „*Wir sind so frei?*“ CIG Nr. 28/2020, S. 311). Deutschland hatte gerade die erste Welle hinter sich und war – so schien es – mit dem Schrecken davongekommen. So konnte ich sehr optimistisch auf die „gemeinsame Wüstenwanderung der Einschränkungszeit“ zurückschauen.

Eine Zeit, „in der die Jungen auf die Alten, die Starken auf die Schwachen und jeder auf seinen Nächsten achtet, immer in der Hoffnung, bald wieder eine Form von Normalität zu erreichen“. Damals hätte wohl kaum jemand geahnt, dass wir eineinhalb Jahre später noch immer weit von einer Vor-Corona-Normalität entfernt sein würden, ja, dass vieles erst am Anfang stand.

Variante gab, als die Menschen langsam ihre Freiheiten zurückbekamen und man wieder begann, Pläne für die zweite Jahreshälfte zu machen, nachdem das leidige Pandemie-Kapitel sich nun hoffentlich erledigt hatte. Und statt über eine Impfpflicht zu diskutieren, konnte ich ganz alltägliche Fragen stellen. Fragen, die einem heute, wo sich das zweite Corona-Jahr dem Ende entgegenneigt, fast unvorstellbar erscheinen. Etwa: „Braucht es die Maske noch, auch wenn ich nur schnell zum Bäcker gehe?“

Vielleicht hilft dieser Blick zurück, um sich klarzumachen, wie leicht es war, sich im Lauf der letzten Monate immer wieder in falschen Sicherheiten zu wiegen. Und wie hart man jedes Mal auf dem Boden der Realität aufschlägt, wenn sich das Jahrhundert-Virus Corona doch wieder in voller Stärke bemerkbar macht. Diese Fehleinschätzungen betreffen normale Bürger, Politiker aber genauso. Auch sie glaubten guten Nachrichten nur zu gern – und schlechten erst, als es zu spät war. Das kann keine Entschuldigung sein. Dass Deutschland in vielen Bereichen nicht besser dasteht als vor einem Jahr, dass so viele Fragen noch unbeantwortet sind, ist und bleibt ein Skandal. Die Daten waren da, die Zahlen absehbar.

Der konkrete Fall Impfpflicht zeigt jetzt aber, dass die Krisenkommunikation fast ebenso fatal war wie die fehlenden Maßnahmen. „Eine Impfpflicht wird es bei der Corona-Schutzimpfung nicht geben“, erklärte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht Ende letzten Jahres kategorisch. Auch auf der offiziellen Webseite der Bundesregierung wurde klargestellt: „Es wird keine Impfpflicht geben!“ Und: „Nachrichten und Beiträge, die etwas anderes behaupten, sind falsch.“ Die Botschaft konnte nicht eindeutiger sein – Impfen ist keine

Entscheidung des Staates, sondern des Einzelnen. Eine Entscheidung, die jeder völlig frei für sich treffen soll. Im Alltag sah es dann natürlich schnell anders aus. Vom Fußballprofi, der medial von allen Seiten angegangen wurde, doch gefälligst seiner Vorbildfunktion nachzukommen, bis zum Normalbürger, der plötzlich vor geschlossenen 2G-Türen stand – wer nicht

bitte für die eine Seite zu entscheiden hat, ist eben nicht frei. Gut möglich, dass sich so mancher durch diese Doppelbotschaft in eine „Jetzt erst recht nicht“-Trotzhaltung flüchtete.

Dieser seltsam unfreie Freiheitsbegriff weckt Erinnerungen an ein Luther-Zitat, das ich im Juli 2020 gebracht habe. „So ist der menschliche Wille in der Mitte hingestellt wie ein Lasttier. Wenn Gott darauf sitzt, will er und geht, wohin Gott will“, schrieb der Reformator. „Wenn der Satan darauf sitzt, will er und geht, wohin der Satan will.“ So ein Denken war zur Zeit der Reformation gefährlich und ist es heute noch, weil es Andersdenkende auf die Seite feindlicher Mächte stellt, sie zu Gegnern macht. Vor 500 Jahren führte das dazu, dass Luther kein Problem damit hatte, dass die Bauernaufstände, die sich gegen seine Vorstellung einer göttlichen Ordnung wendeten, mit brutalster Gewalt niedergeschlagen wurden. Mit jenen, die sich bewusst auf die „falsche“ Seite gestellt haben, braucht man kein Mitleid zu haben, man muss sie bekämpfen. Heute ist es genau dieses Schwarz-Weiß-Denken, das die Kluft zwischen den Menschen vertieft.

Natürlich – unter den Impfgegnern gibt es gefährliche Scharfmacher, die jede Schutzmaßnahme als Vorzeichen einer drohenden Corona-Diktatur darstellen. Doch auch auf der Seite der Geimpften gibt es Menschen, die mit ihrer Rhetorik Öl ins Feuer gießen. Frank Ulrich Montgomery, Vorstandsvorsitzender des Weltärztebundes, spricht vor einer „Tyrannei der Ungeimpften“. Der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil erklärt alle, die sich nicht impfen lassen wollen, kurzerhand zu Terroristen, die „eine ganze Gesellschaft in Angst und Schrecken versetzen“. Und in sozialen Medien kochen Gewaltfantasien gegen die Ungeimpften hoch, weil diese – so das Narrativ – allein zwischen der vernünftigen Mehrheit und einer Rückkehr zum normalen, freien Leben stehen. Die Gesundheitsjournalistin Eiken Bruhn warnte in der *taz* schon vor Monaten vor dem „Feindbild Impfgeg-

die Vorsichtsmaßnahmen werfen, die sich in den nützlich erwiesen haben beigetragen, die Inzidenz-Höhe zu treiben. Dabei ist klar: Auch die Impfung ist in die richtige Richtung. Ziel. Selbst wenn morgen die Impfpflicht beschlossen wird, wir nicht übermorgen im Alltag zurück.

Zum anderen verliert Lagerdenken aus den Augen, *gentlich* alle auf derselben Seite. Das Gleiche wollen: un-

Geimpfte und Ungeimpfte sitzen im gleichen Boot im Kampf gegen einen unsichtbaren Gegner. Der Feind ist das Virus.

andere. Sie sind der Jah-Geimpfte, che gegbar, rad, Kar-

reicht es nicht, sich auf den Freiheitsrechte zurück zu werfen, das ist keine neue Erfindung. Es ist immer eine Beziehung. Ich schrieb im Juli 2020: „Die Beziehung ist auch für das Statistische“. Je nach Situation ändern, was es heißt, man sich im medizinischen Weg, bekommt dies eine moralische Tiefe, weil immer um Leben und Freien eine Zigarette selbst mit den möglichen. Wer die gleiche Zigarette voller Menschen an auch andere. Sich im ten Pandemie gegen wehren, die helfen kann zu brechen und die I entlasten, entspricht Fall.

Vor kurzem ist die Impfpflicht von der Regierung verschwunden. gab es zunächst nicht. Der Nutzer der Löschung über berichtet hatten Statement nachgeschickt wurde mit Blick auf Ministerpräsidenten

Viele glaubten guten Nachrichten nur zu gering und schlechten erst, als es zu spät war. Das rächt sich jetzt.